

---

**Vorsitz: Finnland****SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES  
(695. Plenarsitzung)**1. Datum: Donnerstag, 10. Januar 2008Beginn: 10.00 Uhr  
Schluss: 12.40 Uhr2. Vorsitz: A. Turunen3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:Punkt 1 der Tagesordnung: REDE DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN  
DER OSZE UND MINISTERS FÜR AUSWÄRTIGE  
ANGELEGENHEITEN FINNLANDS,  
S.E. ILKKA KANERVA

Vorsitz, Amtierender Vorsitzender (CIO.GAL/10/08), Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina und Montenegro; sowie mit dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Island) (PC.DEL/5/08), Aserbaidschan (auch im Namen Georgiens, Moldaus und der Ukraine) (PC.DEL/4/08), Armenien, Belarus (PC.DEL/9/08), Kirgisistan (PC.DEL/8/08), Russische Föderation (PC.DEL/10/08), Heiliger Stuhl (PC.DEL/12/08), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/3/08), Kanada (PC.DEL/14/08), Norwegen (PC.DEL/13/08/Corr.1), Serbien (PC.DEL/11/08), Schweiz

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

(a) *Verfahren der stillschweigenden Zustimmung betreffend den Beschluss des Ständigen Rates über die Verlängerung des Mandats des OSZE-Büros in Minsk:*

Der Vorsitzende gab bekannt, dass gegen den Beschluss über die Verlängerung des Mandats des OSZE-Büros in Minsk innerhalb der

Einspruchsfrist, die am Donnerstag, dem 27. Dezember 2007, um 15.00 Uhr MEZ endete, kein Einspruch erhoben wurde (siehe PC.DEC/837, dessen Wortlaut diesem Journal beigelegt ist).

Belarus (interpretative Erklärung, siehe Beilage 1 zum Beschluss), Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen) (interpretative Erklärung, siehe Beilage 2 zum Beschluss), Vereinigte Staaten von Amerika (interpretative Erklärung, siehe Beilage 3 zum Beschluss)

- (b) *Verfahren der stillschweigenden Zustimmung betreffend den Beschluss des Ständigen Rates über die Einrichtung eines OSZE-Büros in Zagreb:*

Der Vorsitzende gab bekannt, dass gegen den Beschluss über die Einrichtung eines OSZE-Büros in Zagreb innerhalb der Einspruchsfrist, die am Freitag, dem 21. Dezember 2007, um 24.00 Uhr MEZ endete, kein Einspruch erhoben wurde (siehe PC.DEC/836, dessen Wortlaut diesem Journal beigelegt ist).

Belgien (auch im Namen der Niederlande und Schwedens) (interpretative Erklärung, siehe Beilage 1 zum Beschluss), Serbien (interpretative Erklärung, siehe Beilage 2 zum Beschluss), Kroatien (interpretative Erklärung, siehe Beilage 3 zum Beschluss)

- (c) *Auswahlverfahren für die Bestellung des Direktors des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte: Vorsitz*
- (d) *Präsidentenwahlen in Usbekistan vom 23. Dezember 2007: Usbekistan, Vereinigte Staaten von Amerika, Slowenien – Europäische Union*
- (e) *Ankündigung einer gesellschaftlichen Veranstaltung: Österreich*
- (f) *Protokollarische Angelegenheiten: Vorsitz, Schweiz*
- (g) *Organisatorische Angelegenheiten: Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 17. Januar 2008, 10.00 Uhr im Neuen Saal



**694. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 694, Punkt 1 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 836  
EINRICHTUNG EINES OSZE-BÜROS IN ZAGREB**

Der Ständige Rat –

unter Hinweis auf die Beschlüsse des Ständigen Rates Nr. 112 vom 18. April 1996 über die Einrichtung der OSZE-Mission in Kroatien, Nr. 176 vom 26. Juni 1997 über deren Erweiterung und Verstärkung, Nr. 271 vom 19. November 1998, Nr. 327 vom 9. Dezember 1999, Nr. 345 vom 23. März 2000, Nr. 396 vom 14. Dezember 2000, Nr. 455 vom 21. Dezember 2001, Nr. 514 vom 12. Dezember 2002, Nr. 578 vom 18. Dezember 2003, Nr. 644 vom 16. Dezember 2004, Nr. 695 vom 17. November 2005 und Nr. 748 vom 23. November 2006 über die schrittweise Verkleinerung der Mission,

in Kenntnis der positiven Lösung noch verbliebener offener Fragen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, etwa der verstärkten staatlichen Finanzierung des Verfassungsgerichtshofs und der Volksanwaltschaft, sowie der fortlaufenden Umsetzung der im Verfassungsgesetz über nationale Minderheiten vorgesehenen Beschäftigungsgarantien für Minderheiten,

in Kenntnis des letzten Lageberichts (Nr. 18/Ref Nr. FR/0017/07) der OSZE-Mission in Kroatien, in dem die Fortschritte im Bereich der Flüchtlingsrückkehr und -integration beschrieben werden, insbesondere in Bezug auf die vereinbarten Richtwerte für die Umsetzung der Wohnraumbeschaffungsprogramme für ehemalige Inhaber von Wohn- und Mietrechten –

beschließt, die OSZE-Mission in Kroatien zu schließen und ein Büro in Zagreb einzurichten.

Das Büro in Zagreb hat in erster Linie die Aufgabe, die Verfahren im Zusammenhang mit Fällen, die gemäß Paragraph 11 b der Verfahrensordnung und der Beweisregeln des ICTY an Kroatien abgetreten wurden, im Namen der OSZE und im Namen des Anklägers des ICTY im Einklang mit Beschluss Nr. 673 des Ständigen Rates vom 19. Mai 2005 zu beobachten. Im Rahmen der Beobachtung nationaler Verfahren wird das Büro auch alle anderen vom ICTY abgetretenen Fälle beobachten, einschließlich der sogenannten Fälle der „Kategorie II“, sowie alle auf lokaler Ebene eingeleiteten innerstaatlichen Kriegsverbrecherprozesse. Das Büro wird auch über noch offene Aspekte der Umsetzung der Wohnraumbeschaffungsprogramme in Kroatien berichten;

in Wahrnehmung seiner Aufgaben wird das Büro soweit erforderlich mit Regierungsstellen sowie mit nichtstaatlichen Organen und Stellen eng zusammenarbeiten.

Das Büro wird Kontakte mit dem Amtierenden Vorsitzenden, dem Sekretariat und den OSZE-Institutionen erleichtern, deren Aktivitäten koordinieren und den Informationsaustausch mit ihnen fördern. Es wird auch mit internationalen und regionalen Partnern zusammenarbeiten.

Das OSZE-Büro in Zagreb wird dem Ständigen Rat regelmäßig über die Umsetzung des Mandats und die Tätigkeit des Büros berichten.

Bei der Berichterstattung sind die Vertraulichkeit der Verfahren und der Schutz der Opfer und Zeugen, wie im Statut und in der Verfahrensordnung und den Beweisregeln des ICTY vorgesehen, sowie die entsprechenden Vorschriften der kroatischen Gerichte uneingeschränkt zu achten.

Das Büro wird seinen Sitz in Zagreb haben. An seiner Spitze wird ein Büroleiter stehen, dem eine angemessene Anzahl internationaler Mitarbeiter, unterstützt durch einheimisches Personal, zur Seite stehen wird, damit die oben erwähnten Aufgaben entsprechend umgesetzt werden. Der Büroleiter hat die Befugnis, nach eigenem Ermessen Personal abzustellen, um Kroatien bei der Erfüllung der unter das Mandat fallenden Aufgaben möglichst effizient zu unterstützen.

Der Ständige Rat beauftragt den Generalsekretär, bis 31. Dezember 2007 einen berichtigten Gesamthaushaltsvoranschlag 2008 vorzulegen, aus dem die finanziellen Auswirkungen der Einrichtung des Büros in Zagreb hervorgehen. Bis zur Verabschiedung eines Beschlusses zu dieser Frage ist das OSZE-Büro in Zagreb ermächtigt, von entsprechenden Ressourcen Gebrauch zu machen, die jedoch nicht über die für die frühere Mission in Kroatien im Gesamthaushaltsvoranschlag 2008 (PC.ACMF/61/07 vom 1. Oktober 2007) vorgesehenen Ressourcen hinausgehen dürfen.

Das Büro wird bis 31. Dezember 2008 bestehen. Verlängerungen und mögliche Abänderungen seines Mandats bedürfen neuer Beschlüsse des Ständigen Rates.

Die Rechte und Pflichten, die für die OSZE-Mission in Kroatien galten, werden vom OSZE-Büro in Zagreb übernommen. Die Rechte und Pflichten der Mission werden daher, soweit sie unter das Mandat fallen, an das Büro übertragen.

Eine Vereinbarung über die Modalitäten des OSZE-Büros in Zagreb wird zwischen der kroatischen Regierung und dem Generalsekretär der OSZE oder dessen bevollmächtigtem Vertreter unterzeichnet werden. Die gegenwärtige Vereinbarung, die am 29. August 1996 zwischen der OSZE und der Regierung der Republik Kroatien geschlossen wurde, bleibt samt den vereinbarten Abänderungen bis zum Inkrafttreten dieser Vereinbarung wirksam und gilt bis dahin auch für das Büro.

PC.DEC/836  
21. Dezember 2007  
Beilage 1

DEUTSCH  
Original: ENGLISCH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6  
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Belgiens, auch im Namen der Niederlande und Schwedens:

„Die Delegationen Belgiens, der Niederlande und Schwedens bringen erneut ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass der Sarajewo-Prozess, der von der OSZE unterstützt wird und zu dem sich Kroatien aus freien Stücken bekannt hat, ein nützlicher Prozess ist, der dazu beiträgt, in der Region Einvernehmen in der Frage der Flüchtlingsrückkehr zu erzielen. Sie bedauern, dass sich ein Hinweis auf den Sarajewo-Prozess im Beschluss des Ständigen Rates über die Einrichtung eines OSZE-Büros in Zagreb für Kroatien als unannehmbar erwies. Sie sind zuversichtlich, dass sich Kroatien ungeachtet dieser Haltung weiterhin zur Zusammenarbeit und zu seinen Verpflichtungen in diesem Rahmen bekennt.

Die Delegationen Belgiens, der Niederlande und Schwedens haben sich dem Konsens zu diesem Beschluss in der Meinung angeschlossen, dass die Berichterstattung über noch offene Aspekte der Umsetzung der Wohnraumbeschaffungsprogramme in Kroatien auch die Beobachtung dieser Wohnraumprogramme im Zusammenhang mit der Flüchtlingsrückkehr und -integration umfasst.

Wir ersuchen, diese interpretative Erklärung dem Text dieses Beschlusses beizufügen.“

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6  
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Serbiens:

„Die Republik Serbien weiß die von der OSZE in Südosteuropa in all den Jahren unternommenen Aktivitäten sehr zu schätzen. Die Zusammenarbeit der OSZE-Missionen in Südosteuropa und die Zusammenarbeit dieser Missionen mit anderen internationalen Organisationen in der Region hat einen wesentlichen Beitrag zur Lösung maßgeblicher Fragen geleistet, die für die Stabilität, die Sicherheit und die Entwicklung der Region insgesamt von größter Bedeutung sind. Eine der wichtigsten Aktivitäten der OSZE in der Region in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und UNHCR war und ist die Umsetzung der Erklärung von Sarajewo und die Lösung von Flüchtlingsfragen.

In Anbetracht der Notwendigkeit eines weiteren diesbezüglichen Engagements der OSZE in der Zukunft hat sich die Delegation der Republik Serbien dem Konsens zum Beschluss, die OSZE-Mission in Kroatien zu schließen und dort ein OSZE-Büro zu eröffnen, im Geiste der Konstruktivität angeschlossen.

Wir möchten aber betonen, dass der von der OSZE, der Europäischen Kommission und UNHCR in Gang gesetzte Sarajewo-Prozess und die von den Ministern der Länder der Region unterzeichnete Erklärung von Sarajewo noch nicht vollständig erfüllt sind. Die Teilnehmer des Sarajewo-Prozesses haben erkannt und eingeräumt, dass es noch zwei offene Fragen gibt, die der Schlüssel zur Umsetzung der Erklärung von Sarajewo sind. Und zwar:

- eine Regelung für erloschene Wohn- und Mietrechte (OTR);
- die Anrechnung von Arbeitszeiten.

Die Republik Serbien betrachtet es als unerlässlich, dass der Sarajewo-Prozess vollständig und konsequent zu Ende geführt wird, wozu sich die Unterzeichner ja auch verpflichtet haben.

Wir möchten daran erinnern, dass Serbien noch immer rund 70.000 Flüchtlinge aus Kroatien beherbergt, und darüber hinaus noch rund 150.000 Personen, die zwar eingebürgert wurden, deren Probleme aber noch nicht gelöst sind.

Das Wohnraumbeschaffungsprogramm ist nur eine der Lösungsmöglichkeiten für OTR-Inhaber. Nur einige tausend Flüchtlinge haben sich in der Frage der erloschenen OTR für diese Art der Lösung entschieden. Die Gesamtzahl der serbischen OTR-Inhaber aus Kroatien beläuft sich auf 30.000, wobei sich 20.000 dieser OTR-Inhaber in Serbien aufhalten.

Wir gehen davon aus, dass das OSZE-Büro in Zagreb im Rahmen seines Mandats, insbesondere jenes Teils, der die Berichterstattung über die Umsetzung des Wohnraumbeschaffungsprogramms betrifft, sich mit dieser Frage als Ganzes auseinandersetzen wird, das heißt in jenem Kontext, der unerlässlich ist für die Umsetzung der Erklärung von Sarajewo und für eine dauerhafte Lösung der Flüchtlingsfrage als eines der Schlüsselemente für die Stabilität und Entwicklung in der Region insgesamt, einschließlich der Regelung der OTR-Fragen und der Anrechnung der Arbeitszeiten von Flüchtlingen.

Wir ersuchen um Aufnahme dieser interpretativen Erklärung in das Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates.“

PC.DEC/836  
21. Dezember 2007  
Beilage 3

DEUTSCH  
Original: ENGLISCH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6  
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Kroatiens:

„Mit Bezug auf die im Zusammenhang mit Beschluss Nr. 836 des Ständigen Rates vom 21. Dezember von der Delegation Belgiens auch im Namen der Niederlande und Schwedens und von der Delegation Serbiens abgegebenen interpretativen Erklärungen möchte die Delegation der Republik Kroatien Folgendes erklären:

Die Republik Kroatien bekennt sich weiterhin zu ihren Verpflichtungen, die sie im Rahmen des Sarajewo-Prozesses eingegangen ist. Die Republik Kroatien akzeptiert jedoch keine einseitigen Forderungen und Interpretationen der Erklärung von Sarajewo, die nicht mit deren Originalwortlaut in Einklang stehen.

Herr Vorsitzender,

zum ersten Mal seit mehreren Jahren hat die OSZE beschlossen, eine ihrer langfristigen Feldpräsenzen zu schließen, nachdem diese ihr Mandat erfüllt hat. Von diesem Standpunkt aus ist der Beschluss des Ständigen Rates vom 21. Dezember 2007 sehr wichtig. Erlauben Sie mir in Anbetracht der Tatsache, dass die anwesende Delegation nicht die Möglichkeit hatte, nach Verabschiedung des oben genannten Beschlusses eine Erklärung abzugeben, im Namen meiner Behörden dem spanischen Vorsitz und allen Delegationen und Ländern, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben, für ihre positive Beurteilung der Situation und für die zum Ausdruck gebrachte Unterstützung zu danken.

Wir möchten den Ständigen Rat auch über die jüngsten Entwicklungen nach den Wahlen vom 25. November letzten Jahres informieren: Die erste Sitzung des neu gewählten Parlaments ist für morgen angesetzt. Die neue Regierung wird unmittelbar danach in ihr Amt eingeführt werden. Diese Regierung wird der vorhergehenden sehr ähnlich sein und unter der Leitung von Ministerpräsident Dr. Ivo Sanader stehen. Sie wird auf Koalitionsvereinbarungen mit zwei kleineren Parteien und mit den Vertretern der nationalen Minderheiten, einschließlich der serbischen, beruhen.

Mit den Vertretern der nationalen Minderheiten wurden zwei Arten von Vereinbarungen getroffen: (1) eine allgemeine mit allen Minderheiten betreffend die Maßnahmen für eine proportionale Anstellung von Minderheitenangehörigen, die Verbesserung der Finanzierung der Minderheiteninstitutionen und -räte und die verschiedenen Maßnahmen der



„positiven Diskriminierung“, einschließlich der möglichen Einführung einer zweifachen Stimmabgabe usw.; (2) die separaten Vereinbarungen mit jeder einzelnen Minderheit, in denen auf deren konkrete Anliegen eingegangen wird.

Jetzt gerade arbeiten die Vertreter der serbischen Minderheit im Anschluss an ihre spezielle Koalitionsvereinbarung mit dem Team des Ministerpräsidenten an den letzten Elementen für das Regierungsprogramm, einschließlich der Lösung für die noch offenen Fragen der Rückkehr und der Wohnraumbeschaffung für Rückkehrer. Als Teil der Regierungsmehrheit im Parlament und – wie es sich abzeichnet – als Inhaber einiger wichtiger Posten auf Minister- oder Staatssekretärebene werden sie zweifellos in der Lage sein, die Interessen ihrer Minderheit sehr gut zu verteidigen.

Diese Entwicklungen sind die beste Antwort auf die Bedenken jener Delegationen, die heute interpretative Erklärungen abgegeben haben. Es besteht daher für die neue OSZE-Präsenz keine Notwendigkeit, über ihr im Beschluss vom 21. Dezember festgelegtes Mandat hinaus Aktivitäten zu setzen.

Herr Vorsitzender,

ich glaube, es sollte jetzt auch betont werden, dass das Auslaufen des Missionsmandats, das mit dem Eintritt Kroatiens in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zusammenfällt, von meinen Behörden nicht nur als Tribut an Kroatien sondern auch an die Errungenschaften anderer beteiligter Organe verstanden wird. Es ist auch – wie Ministerpräsident Sanader in seiner Rede vor dem Ständigen Rat am 10. Juli vergangenen Jahres gesagt hat – ein Erfolg für die OSZE, der uns in der Überzeugung bestärkt, dass langfristige Feldmissionen tatsächlich erfolgreich beendet und ihre Funktionen an das Gastland übertragen werden können, sobald sie ihr Mandat erfüllt haben.

Herr Vorsitzender, Kroatien und seine Institutionen und die kroatische Zivilgesellschaft haben von der Zusammenarbeit mit der Mission stark profitiert. Es steht außer Zweifel, dass auch die OSZE und die internationale Gemeinschaft im Allgemeinen von den während der Arbeit in Kroatien gemachten Erfahrungen profitiert haben: In einigen Fällen dienen die bei der Arbeit der OSZE in Kroatien gemachten Erfahrungen nun als Modell für andere OSZE-Aktivitäten. Einer der ersten Missionsleiter in Kroatien – der Schweizer Botschafter Guldemann – leitet heute eine der sensibelsten OSZE-Feldpräsenzen und ein anderer – der schwedische Botschafter Semneby – ist heute Sonderbeauftragter der EU für den Südkaukasus. Ich möchte ihnen und auch zwei weiteren Missionsleitern in Kroatien, Botschafter Noi aus den Niederlanden und dem französischen Botschafter Poncet, für ihre Beiträge unseren aufrichtigsten Dank aussprechen.

Unser besonderer Dank gilt natürlich dem verehrten Botschafter Jorge Fuentes, dem letzten Missionsleiter, unter dem die oben erwähnte Zusammenarbeit zwischen der Regierung und der Mission besonders intensiv war und zu den ansehnlichsten Ergebnissen führte. Wir werden noch andere Gelegenheiten haben, über dieses Kapitel der Missionsgeschichte zu sprechen, da Botschafter Fuentes noch einige Monate bei uns bleibt, um die Arbeit der Mission abzuschließen und das zukünftige Büro auf seine Aufgabe, die in der Erfüllung eines ganz anderen Mandats auf völlig neuer Grundlage besteht, vorzubereiten.

Die Einrichtung des Büros ist auch eine deutliche Bestätigung dafür, dass die Republik Kroatien ein verlässlicher Partner ist, der seine internationalen Verpflichtungen einhält. In diesem Zusammenhang möchte ich bekräftigen, dass sich Kroatien uneingeschränkt zur OSZE bekennt, und betonen, dass – obwohl die Mission nicht mehr vor Ort ist – wir uns auf die Zusammenarbeit mit den einschlägigen OSZE-Institutionen und -Organen und auf die Weitergabe unserer Erfahrungen und Lehren an die Organisation und an alle interessierten Teilnehmerstaaten freuen.

Darf auch ich Sie ersuchen, Herr Vorsitzender, diese Erklärung zu Protokoll zu nehmen?

Danke.“



**Organisation für Sicherheit und  
Zusammenarbeit in Europa  
Ständiger Rat**

PC.DEC/837  
27. Dezember 2007

DEUTSCH  
Original: ENGLISCH

---

**693. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 693, Punkt 10 der Tagesordnung

**BESCHLUSS Nr. 837  
VERLÄNGERUNG DES MANDATS DES OSZE-BÜROS IN MINSK**

Der Ständig Rat

beschließt, das Mandat des OSZE-Büros in Minsk bis 31. Dezember 2008 zu verlängern.

PC.DEC/837  
27. Dezember 2007  
Beilage 1

DEUTSCH  
Original: RUSSISCH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6  
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation von Belarus:

„Im Zusammenhang mit Beschluss Nr. 837 des Ständigen Rates über die Verlängerung des Mandats des OSZE-Büros in Minsk bis 31. Dezember 2008 möchte unsere Delegation folgende Erklärung abgeben:

„Die Republik Belarus betont erneut, dass das Verfahren für die Durchführung aller Projekte und Programme durch das OSZE-Büro in Minsk gemäß Beschluss Nr. 486 des Ständigen Rates vom 28. Juni 2002 und Beschluss Nr. 526 des Ständigen Rates vom 30. Dezember 2002 vorherige Konsultationen und die Zusammenarbeit mit der Regierung des Gastlandes vorsieht. Nach Ansicht der Republik Belarus muss die Regierung am Ende dieser Konsultationen der Durchführung jedes einzelnen Projekts oder Programms zustimmen. Keine Tätigkeit, die aus außerbudgetären Quellen finanziert wird, darf ohne Zustimmung des Gastlandes erfolgen. Die Projektarbeit des OSZE-Büros in Minsk muss die realen Bedürfnisse von Belarus berücksichtigen. Das OSZE-Büro in Minsk sollte seine Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Übertragung seiner Aufgaben und Erfahrungen an die staatlichen Institutionen von Belarus konzentrieren.

Das OSZE-Büro in Minsk muss in jenen Bereichen eine Beobachterfunktion wahrnehmen, in denen es verpflichtet ist, der Regierung von Belarus Hilfestellung zu leisten, und zwar gestützt auf Tatsachen und unter ausgewogener Heranziehung aller Informationsquellen. Eine Berichterstattung über bestimmte Ereignisse und Fakten ohne Darstellung der offiziellen Meinung der Regierung des Gastlandes ist unzulässig. In seinen Berichten sollte das Büro in erster Linie darlegen, was es zur Erfüllung seines Mandats konkret geleistet hat. Es sollte sich einer politischen Einschätzung der Ereignisse und einer Vorhersage der Entwicklungen im Aufenthaltsland enthalten.

In seiner Tätigkeit muss sich das Personal des OSZE-Büros in Minsk neben anderen Grundsätzen strikt an den Grundsatz der politischen Neutralität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Belarus halten.

Die belarussische Seite hat mehrmals darauf aufmerksam gemacht, dass keine objektiven Gründe für eine Feldpräsenz der OSZE in Belarus vorliegen. Wir haben darüber hinaus regelmäßig darauf hingewiesen, dass OSZE-Missionen nicht ewig bestehen und dass nach Maßgabe der Erfüllung ihrer Mandate ihre allmähliche Schließung geplant werden

sollte. Wenn die Republik Belarus nun der Verlängerung des Mandats des OSZE-Büros in Minsk um ein weiteres Jahr zustimmt, hält sie an dieser Position unverändert fest und wird die Arbeit in diese Richtung fortsetzen.'

Ich ersuche um Aufnahme dieser interpretativen Erklärung in das Sitzungsjournal.

Danke, Herr Vorsitzender.“

PC.DEC/837  
27. Dezember 2007  
Beilage 2

DEUTSCH  
Original: ENGLISCH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6  
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation Sloweniens im Namen der Europäischen Union:

„Unter Hinweis auf die interpretative Erklärung der Delegation von Belarus im Zusammenhang mit dem Beschluss des Ständigen Rates, das Mandat des OSZE-Büros in Minsk zu verlängern, möchte die Europäische Union ihre Stellungnahme in Erinnerung rufen, die sie am 18. Januar 2007 im Ständigen Rat abgegeben hat, und Folgendes erklären:

Die EU teilt nicht die Meinung der Delegation von Belarus, dass das OSZE-Büro in Minsk ‚seine Aufmerksamkeit in erster Linie auf die Übertragung seiner Aufgaben und Erfahrungen an die staatlichen Institutionen von Belarus konzentrieren‘ sollte. Den Schwerpunkt der Arbeit des Büros auf diese Weise einzuschränken, entspricht sicherlich nicht seinem Mandat. Die EU möchte betonen, dass die OSZE-Missionen in der Lage sein sollten, Programme und Projekte in allen in ihren Mandaten festgelegten Bereichen durchzuführen und den Regierungen ihrer Gastländer damit bei der Umsetzung ihrer OSZE-Verpflichtungen zu helfen.

Wir ersuchen um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

Die Bewerberländer Türkei, Kroatien\* und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*, die Länder des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländer Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien, die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen sowie die Ukraine schließen sich dieser Erklärung an.“

---

\* Kroatien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

PC.DEC/837  
27. Dezember 2007  
Beilage 3

DEUTSCH  
Original: ENGLISCH

**INTERPRETATIVE ERKLÄRUNG  
GEMÄSS ABSCHNITT IV.1 (A) ABSATZ 6  
DER GESCHÄFTSORDNUNG DER ORGANISATION FÜR  
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA**

Die Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika:

„Danke, Herr Vorsitzender.

Die Vereinigten Staaten können der soeben von der Delegation von Belarus abgegebenen interpretativen Erklärung nicht zustimmen. Dieses Büro hat noch viel zu tun. Meine Regierung ist der Ansicht, dass eine der größten Stärken dieser Organisation die Flexibilität und das dynamische Handeln unserer Feldmissionen unter der politischen Leitung durch den Amtierenden Vorsitzenden ist. Die Feldmissionen der OSZE haben nicht den Auftrag, sich dem Mikromanagement einzelner Projekte zu widmen, sondern Verantwortlichkeiten in breit angelegten Programmen wahrzunehmen. Die Missionsleiter sollten die Freiheit haben, auf der Grundlage ihres allgemeinen Mandats Projekte zu entwickeln und in allen miteinander verflochtenen Arbeitsbereichen der OSZE tätig zu werden. Das ist die Stärke dieser Organisation, und das ist das große Plus unserer Missionen. Missionsberichterstattung sollte ehrlich sein; sie sollte das nach bestem Wissen und Gewissen abgegebene Urteil des Missionsleiters enthalten und keiner Zensur oder Nachbearbeitung durch andere Autoren unterliegen.

Ich ersuche um Aufnahme dieser interpretativen Erklärung in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.“